

Neu-köllnisch

Linkes Informations- und Diskussionsblatt



Evrin Baba:

Direktkandidatin der PDS für die Bundestagswahl

Die PDS in Neukölln schickt Evrim Baba ins Rennen um ein Bundestagsmandat. Sie steht auf Platz 5 der Landesliste und gehört zum Team der starken Frauen, mit denen die PDS in Berlin antritt. „Weiblich und kompetent“ – dieser Satz gilt für Evrim Baba ganz besonders.



Evrin Baba ist seit 1999 mit kurzer Unterbrechung Mitglied des Abgeordnetenhauses Berlin. Sie ist die frauenpolitische Sprecherin der Fraktion und Mitglied des Fraktionsvorstandes.

Nach ihrer Flucht aus der Türkei erwarb die Kurdin 1983 das Abitur und absolvierte eine Ausbildung zur Technisch-medizinischen Assistentin. Später absolvierte sie eine Sprachausbildung in Englisch und Französisch. Von 1997 bis 2000 leitete sie ihr eigenes Übersetzungsbüro und arbeitete in Gerichtsverfahren als staatlich geprüfte Dolmetscherin und Gutachterin.

1997 trat Evrim Baba der PDS bei. Sie engagiert sich besonders auf dem Gebiet der Frauenpolitik und kümmert sich um die Probleme nichtdeutscher Mitbürger.

Seit März 2000 ist sie die Vorsitzende des PDS-Bezirksverbandes in Neukölln. Sie tritt den Wahlkreis Neukölln gerne, denn neben dem öffentlichen Bild „Endstation Neukölln“ – so das Nachrichtenmagazin der Spiegel – weiß sie um die Faszination des Bezirkes, trotz Armut und Arbeitslosigkeit. Neukölln ist für Evrim Baba „ein Bezirk wie kein anderer, vom gutbürgerlichen Süden bis zum brodelnden Norden.“

Im Bundestag möchte sie die Interessen der nichtdeutschen Mitbürger vertreten. „Bis heute stellt die PDS keinen Bundestagsabgeordneten nichtdeutscher Herkunft – das muss sich auf alle Fälle ändern!“

Informationen: www.evrin-baba.de

100 Tage Rot-Rot

Eine Bilanz von Udo Wolf, MdB

Es ist Brauch in der Politik, dass eine neue Regierung 100 Tage Schonfrist hat. Für die rot-rote Regierung in Berlin wurde eine solche Schonfrist eingespart. Aber Rot-Rot ist in der Hauptstadt, der Stadt in der die Mauer stand, auch keine normale Regierungskonstellation. Und die Rahmenbedingungen, unter denen SPD und PDS sich zu einer Regierung fanden und unter denen sie jetzt arbeitet, sind auch alles andere als normal. Berlin steht am Rande einer Haushaltsnotlage. Das lässt wenig Spielraum für Schonfristen und Bräuche. Berlin muss sparen. Nicht ein bisschen, sondern massiv. Das ruft selbstverständlich Protest und Widerstand bei den Betroffenen hervor.

Die Beschäftigten des Uni-Klinikums Benjamin Franklin waren mit die ersten, die ihren Protest schon vor der Wahl des Senats auf die SPD- und PDS-Parteitage trugen. Es folgten die Proteste zur Reiterstaffel der Polizei, zum Polizeiorchester, zum Freiwilligen Polizeidienst, zur Nichtübernahme von Auszubildenden in den öffentlichen Dienst, zur Finanzausstattung der Bezirke, zu den Feien Schulen, der Kita-Warnstreik und vieles mehr. Über allem schwebte das Damoklesschwert „Zukunft der Bankgesellschaft Berlin“.

Dass gespart werden muss, bezweifeln wohl nur noch wenige. Aber alle hoffen, dass zumindest sie verschont bleiben. Das ist nur zu verständlich, aber leider nicht realistisch.

Für die PDS war und ist der Wechsel aus der Opposition in die Regierung keine einfache Übung. Harald Wolf, der PDS-Fraktionsvorsitzende, sprach angesichts der Haushaltslage, von einem „Tal der Tränen“ durch das Land und PDS hindurch müssen. Wie tief und tränenreich dieses Tal wirklich ist, konnten sich viele nicht vorstellen. Zwölf Jahre große Koalition, haben nicht nur das Land Berlin an den Rand des Ruin gebracht, sondern auch die Illusion genährt, dass trotzdem alles irgendwie wie gewohnt weitergeht.

Die Wahrheit ist: die katastrophale Haus-

haltslage drückt Berlin an den Rand der politischen Handlungsunfähigkeit. Die Rückgewinnung politischer Handlungsfähigkeit des Landes ist aber die Voraussetzung, um Probleme lösen zu können. Die zentrale Aufgabe ist zweifellos zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen und Investitionen nach Berlin zu holen.

Die ersten hundert Tage von Rot-Rot waren hingegen geprägt vom Bemühen, Arbeitsplätze zu retten. Der Wirtschaftssenator Gysi hatte alle Hände voll mit der drohenden Betriebsschließung von Spreequell, der Insolvenz von Herlitz und – last not least – dem drohenden Bankencrash durch die Bankgesellschaft zu tun.

Die Risikoabschirmung bei der Bankgesellschaft war die wohl am schwierigsten zu treffende und öffentlich zu vermittelnde Entscheidung. Die Abgeordneten standen vor der wahrscheinlich schwierigsten Entscheidung der Legislaturperiode. Die Alternative wäre der Konkurs der Bankgesellschaft gewesen. Eine Alternative, die angesichts der Konstruktion der Bankgesellschaft und dem Schaden, den sie angerichtet hat, für viele Abgeordnete einen gewissen Reiz hatte. Bei genauer Betrachtung musste man aber einsehen, dass ein Konkurs noch schlimmere Folgen hätte. Abgesehen davon, dass die kurzfristige Belastung des Haushaltes noch viel katastrophaler geworden wäre, hätte der Konkurs nicht nur den schnellen Verlust von 14.000 Arbeitsplätzen bei der Bankgesellschaft bedeutet, sondern auch ca. 50 Prozent der gewerblichen Wirtschaft Berlins, deren Kreditlinien an der Bankgesellschaft hängen, mit in den Strudel gerissen.

Der ganze Vorgang hat aber eins deutlich gemacht: Die zentrale Aufgabe von Rot-Rot in Berlin ist es aufzuräumen, – mit Filz und Korruption, der gesamten Hinterlassenschaft der Großen Koalition. Bei der Haushaltskonsolidierung ist es die Aufgabe der PDS, dafür Sorge zu tragen, dass diese so sozial gerecht wie möglich geschieht. Die PDS wird dafür den Dialog mit den Initiativen, Gewerkschaften und Interessenvertretungen suchen.

Haushaltsdebatte ohne CDU

Bericht über die BWV am 24. April 2002

Diese BWV beschäftigte sich hauptsächlich mit dem Haushaltsplan 2002/2003. Schon am Abend vorher, bei der Beratung des Hauptausschusses wurde klar, dass sich die CDU konstruktiven Beratungen verweigert. Dann, als der entscheidende Punkt auf der Tagesordnung kam und die CDU angegriffen wurden, warum denn nicht mehr Geld zur Verfügung steht, verließen sie demonstrativ den Saal, fast wie ihre großen Vorbilder im Bundesrat.

Vorweg gesagt, die Fraktion der PDS hat dem Haushaltsentwurf zugestimmt, obwohl wir uns die Auswirkungen der Sparmaßnahmen für die Bezirke weniger drastisch vorgestellt hatten. Aber wo kein Geld ist, kann kein Geld mehr verteilt werden!

Die Ursache der finanziellen Misere liegt, wie wir alle wissen, nicht in der Verantwortung der PDS. Schuld ist das Finanzgebahren der Großen Koalition sowie die Schulden aus der Bankenkrise. Nun können wir ja nicht die Hände in den Schoß legen und sagen, das ist nun einmal so. Wir sind unter anderem angetreten, den Versuch zu wagen, Berlin aus diesem finanziellen Desaster zu führen. Und da heißt es nun mal sparen, aber an der richtigen Stelle. Was nützt es, die Sparrate gleichmäßig zu verteilen? Man muss Schwerpunkte setzen und den Versuch starten, mit dem wenigen Geld die bezirklichen Aufgaben so gut wie möglich bewältigen zu können, Pflichtaufgaben nicht zu vernachlässigen und natürlich auf keinen Fall die Kinder und Jugendlichen sowie auch die Senioren zu vergessen.

Auch wenn ich als Autofahrer manchmal insgeheim über den Zustand unserer Straßen schimpfe, es gibt wirklich wichtigeres! Vor dem schwierigeren Problem, den vorgegebenen Etat zu verteilen und Schwerpunkte zu setzen, standen alle unserer Stadträte. Ich weiß, wie der Stadtrat für Jugend, um den Erhalt der Freien Träger sowie der Erholungsreisen für bedürftige Kinder gekämpft hat und auch im Bereich Bildung gab es große Anstrengungen, um die Pflichtversicherung für alle Kinder zu gewährleisten. Wenn man dann auch überlegen muss, wie man mit dem bisschen Geld für Reinigung der Schulen auskommen kann. Hier sind Ideen gefragt, denn das Wohl der Kinder ist wichtiger!

Was ich mir dagegen nicht erklären konnte ist, wie der Stadtrat für Soziales alle Freien Träger über die Klinge springen lassen wollte. Es waren, gemäß seinen Angaben, noch 8.000 € für das II. Quartal für alle Freien Träger, wie Kältehilfe, Insolvenzberatung, Sozialbus, Nachbarschaftsheimen usw., von ihm eingestellt! Damit ständen alle vor dem Aus und er war sich dessen auch bewusst!

Wichtige bezirkliche Aufgaben an die Freien Träger zu übergeben ist vom finanziellen Standpunkt aus nachvollziehbar und manchmal schlicht notwendig. Sie dann aber nicht mehr finanziell zu unterstützen, ist sträflich und

für mich auch nicht mehr begreiflich. Gerade in Neukölln haben alle Freien Träger, sowohl aus dem Bereich Jugend oder Soziales eine wichtige Funktion zur Abfederung der sozialen Probleme im Bezirk. Es sei denn, Herr Stadtrat Büge möchte die Insolvenzberatung auch noch im Sozialamt und das mit den vorhandenen Mitarbeiter bewältigen. Zumal das Problem mit dem Grundsicherungsamt auch noch nicht gelöst ist. Sich hinzustellen und zu sagen, der rot-rote Senat spart Berlin kaputt und ich kann ja im Bezirk nichts tun, ist mir zu billig. Er sollte die anklagen, die diesen Zustand herbeigeführt haben. Die Verteilung des Etats obliegt, bis auf einige Ausnahmen, den Stadträten selbst. Sie legen die Schwerpunkte in ihren Bereichen. Ich frage mich, warum waren gerade die Freien Träger Soziales so mangelhaft ausgestattet?

Es gibt zwei Möglichkeiten:

- Zum einen, die freien Träger interessieren dem Herrn Stadtrat nicht, dann haben wir hier auf dieser Stelle eine Fehlbesetzung!
- und zum anderen kann man damit so schön jammern und die Schuld am Sterben der Freien Träger auf den rot-roten Senat schieben, um dann ganz zum Schluss gönner-

Dokumentiert

Die Bezirksverordnetenversammlung Neukölln beschließt den Doppelhaushalt für die Jahre 2002 und 2003 in Erfüllung ihrer verfassungsmäßigen Pflicht mit großem Bedenken.

Die Bezirksverordnetenversammlung Neukölln kennt nicht die katastrophale Finanz- und Haushaltssituation des Landes Berlin und würdigt ausdrücklich die Bemühungen des Bezirksamtes Neukölln von Berlin um eine möglichst sparsame, aber dennoch bürgerfreundliche und an den Interessen der Neuköllner Bevölkerung orientierten Haushaltsführung.

Besonders deutlich wird die Missachtung der Bezirke seitens des Senats dadurch, dass von insgesamt im Land Berlin einzusparenden konsumtiven Sachausgaben in Höhe von 149 Mio. € sage und schreibe 1 Mio. € vom Senat, aber der „Rest“ von 148 Mio. € von den Bezirken erbracht werden soll. Der zu verabschiedende Haushalt ist nicht geeignet, den Bedürfnissen des Bezirkes in fast allen Bereichen auch nur annähernd gerecht zu werden. Dies wird bereits daraus deutlich, dass die Ansätze für das Jahr 2002 um 26 Mio. € und für das Jahr 2003 um 33 Mio. € hinter dem Ist von 2001 zurückbleiben. Für einen Bezirk, der anerkanntermaßen der am schlechtesten mit öffentlicher Infrastruktur ausgestattet ist und gleichzeitig über eine extrem schwierige soziostrukturelle Bevölkerungsstruktur verfügt, bedeutet dieser Fakt, dass die Grenze einer verantwortbaren bezirklichen Politik erreicht ist. Ferner schränkt dieser Haushalt die sowieso nicht üppige bezirkliche Selbstverwaltung in massiver Form ein, und er zerstört auch bisher noch vorhandene geringe Gestaltungsmöglichkeiten bei der Wahrnehmung der öffentlichen Aufgaben. Die Haushaltsvorgaben des Landes bedrohen damit den Bezirk in seiner konstitutionellen Existenz.

Der zu verabschiedende Haushalt ist weder „aus-

haft, mit großem Brimborium Geld nachzuschieben, weil die CDU ja so „sozial“ ist.

Dafür habe ich kein Verständnis mehr. Parteipolitische Spielchen auf dem Rücken der Freien Träger, die nun wirklich unsere Anerkennung verdienen, auszutragen: nein Danke! Durch Anträge der Zählgemeinschaft ist jetzt gewährleistet worden, dass alle bisher geförderten Freien Träger weiter arbeiten können.

Es wird an einigen Stellen bei der Haushaltsdurchführung richtig eng werden und es ist auch nicht gewiss, ob das Geld überall reicht. Verschärfend wirkt sich hier natürlich der negative Abschluss des Jahres 2001 aus. Die dort überzogenen 7,5 Mio. Euro müssen letztendlich vom jetzigen Etat abgezogen werden. Da auf angebliche Rückstellungen zu beharren, wie Herr Freiberg es tat, verbietet sich von selbst. Bei etwas besserer Haushaltsführung und -kontrolle hätte er das Geld für alle seine Zusatzanträge zur Verfügung gehabt, denn das ist meines Erachtens die Pflicht des ehemaligen Finanzstadtrates gewesen.

Letztendlich wurde der vorliegende Haushalt, trotz Gegenstimmen der CDU und der FDP, beschlossen. Ein beschlossener Haushalt ist besser als eine vorläufige Haushaltswirtschaft, bei der zwar zwingend notwendige Aufgaben erledigt werden können, aber die kleinen bisher noch vorhandenen Freiräume fiele dann weg.

Sylvia Stelz, Fraktionsvorsitzende

Haushalt beschlossen

kömmlich“ noch entspricht er den gültigen und vom Senat beschworenen Grundsätzen von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit. Die Einnahmenvorgaben sind teilweise willkürlich und nicht nachvollziehbar. Insgesamt sind Einnahmen in Höhe von 2 Mio. € nicht zu erzielen und bedeuten praktisch eine weitere Haushaltsreduzierung. Bei den Ausgaben-senkungen sind teilweise begleitende Veränderungen der Rechtsnormen als Voraussetzung erforderlich. Diese Maßgabe ist jedoch nicht erfüllt. Selbst wenn durchgreifende Regelungen mit einem Vorschaltgesetz durch das Land beschlossen werden, können sie im administrativen Vollzug in diesem Jahr nicht mehr kassenwirksam werden. Allein auf Grund des Zeitablaufs können die Vorgaben insbesondere im T-Teil für das Jahr 2002 nicht erfüllt werden, und es ist von einem negativen Jahresabschluss auszugehen. Die Bezirksverordnetenversammlung Neukölln fordert daher zumindest für das Jahr 2002 eine Abfederung nach der bisherigen Systematik des Z-Teils.

Die Bezirksverordnetenversammlung Neukölln erwartet von Senat und Abgeordnetenhaus, dass bei den angekündigten weiteren Schritten der Haushaltskonsolidierung des Landes Berlin der Grundsatz des Wertausgleichs verstärkt und auf die Bereiche der konsumtiven und der investiven Mittel ausgeweitet wird. Es kann nicht richtig sein, dass dort, wo bereits heute der soziale Sprengstoff erkennbar ist, die öffentliche Dienstleistung und damit die gesellschaftspolitische Prävention zurückgenommen werden muss. Die Folgen eines derartig kurzfristigen Politikansatzes sind unübersehbar. Die Bezirksverordnetenversammlung Neukölln fordert daher deutliche, über das bisherige Maß hinausgehende Haushaltsschwerpunkte des Landes Berlin für die Regionen der Stadt, die als Gebiete des Quartiersmanagements identifiziert sind.

Das muss sich auf alle Fälle ändern !

Evrim Baba kandidiert zur Bundestagswahl direkt in Neukölln und auf Platz fünf der Landesliste

„Weiblich und kompetent“? Die Berliner PDS möchte mit ihrer Landesliste zur Bundestagswahl 2002 ein politisches Signal setzen. Mit fünf Frauen an der Spitze treten die demokratischen Sozialisten an und Landesvorsitzender Stefan Liebich freut sich: „Das Schöne daran ist: Wir können das auch, denn wir haben Spitzen-Frauen, die genau das verkörpern.“ Evrim Baba tritt im sozialen Brennpunkt Neukölln an und möchte ihre Erfahrungen in der Frauen- und Migrantinnenpolitik in den Bundestag einbringen.

Warum trittst Du zur Bundestagswahl an? Hast Du neben Deiner Arbeit im Abgeordnetenhaus und im Bezirksvorstand der PDS in Neukölln zuviel Freizeit?

Evrim Baba: (lacht) Nein, über zuviel Zeit kann ich leider nicht klagen. Ich möchte, dass die PDS gestärkt in den 15. Bundestag einzieht! Gestärkt vor allem auch an gelebter Kompetenz auf dem Gebiet der Migration. Bis heute stellt die PDS keinen einzigen MdB nichtdeutscher Herkunft. Das muss sich auf alle Fälle ändern! Bei mehr als sieben Millionen Einwanderern, davon ein Viertel mit deutschem Pass, sollte sich die PDS nicht mehr den Malus erlauben, die Interessen nichtdeutscher Bürger ausschließlich von deutschen Abgeordneten vertreten zu lassen. Heute bekleiden ja schon einige Politikerinnen und Politiker nichtdeutscher Herkunft wichtige Funktionen auf unterschiedlichen Ebenen der PDS. Etwa im Europaparlament oder auch im Berliner Abgeordnetenhaus. Deshalb sollte die Vertretung im Bundestag nicht fehlen.

Zur Zeit ist es ein bißchen in Mode gekommen, dass Parteien Bewerber nichtdeutscher Herkunft präsentieren...

Das stimmt: Für die Bundestagswahlen am 22. September haben die Grünen, SPD und FDP und sogar die CDU Kandidaten türkischer

Herkunft aufgestellt. Es ist aber meiner Ansicht nach nicht richtig, diese Kandidaten nur zu Werbezwecken auf hintere Plätze aufzustellen. Es ist wichtiger, kompetente Kandidaten in den Bundestag zu schicken, die die Probleme der Einwanderer aus erster Hand kennen und deshalb richtige Lösungen für diese Menschen entwickeln können. Bislang haben die wahlberechtigten Migranten ihr Vertrauen hauptsächlich der SPD und den Grünen geschenkt



Evrim Baba bei der Landesvertreterkonferenz am 27. April 2002 Foto: Carlos Katins

und wir haben alle gesehen, wie enttäuscht diese Menschen inzwischen von der Regierung sind. Deshalb ist es wichtig, dass hier Angebote von der PDS gemacht werden.

Die PDS gilt aber vor allem im Westen, also auch im ehemaligen Westteil Berlins, als reine Ostpartei? Machst Du Dir nicht zuviel Hoffnungen?

Die Mauer ist schon lange gefallen, aber anscheinend nicht für alle! Einige versuchen, uns hinter eine imaginäre Mauer zu verbannen. Das werden wir auf keinen Fall zulassen, denn unsere Politik ist nicht trennbar in Ost- und Westanteile. Wir setzen uns für die Probleme der Menschen in den neuen Bundesländern ein, aber diese sind immer mehr auch die Themen, wo den Bürgern der so genannten alten Länder ebenfalls der Schuh drückt. Die PDS steht

für Gleichberechtigung, soziale Gerechtigkeit und aktive Friedenspolitik – kurz, wir bieten Politik für ganz Deutschland an. Unsere Partei stellt nicht nur die Brücke zwischen Ost und West im Land dar, sondern auch zwischen Inländern mit und ohne deutschen Pass.

Bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus im vergangenen Jahr konnte die PDS in ganz Berlin zulegen und erzielte sogar im Westteil der Stadt 6,9 Prozent der Stimmen. In Neukölln machten rund 10.000 Bürger ihr Kreuz bei den demokratischen Sozialisten, gute Vorzeichen für die Bundestagswahl?

Die westdeutschen Wähler verstehen die PDS immer besser, unser Bezirk ist ein gutes Beispiel. Seit 1999 konnte die PDS in diesem Westbezirk bei jeder Wahl ihren Stimmenanteil verdoppeln. Hatten wir 1995 keine Bezirksverordneten, so konnten wir 1999 schon eine Fraktion bilden. Und nach den Wahlen im Herbst 2001 waren wir ausschlaggebend für den Wechsel in der Politik des Bezirks, weg von der CDU-Dominanz hin zu einem rot-rot-grünen Bündnis. Diesen Erfolg haben wir gemeinsam mit vielen Anstrengungen erreicht und er ist natürlich eine gute Grundlage für die Bundestagswahl. An Argumenten fehlt es uns, glaube ich, nicht. Die PDS eröffnet den Millionen Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern, den Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz sowie den Frauen und Einwanderern neue Perspektiven. Mit einer starken Fraktion im Bundestag können wir unsere Verantwortung in einzelnen Bundesländern und in den Kommunen, wie den Bezirken Berlins, besser wahrnehmen. Mit einem erfolgreichen Wahlkampf werden wir hoffentlich auch unsere zögerlichen Schritte nach Westen weiter beschleunigen.

Fragen von Christoph Nitz.

Ein neues Kraftwerk für die Gropiusstadt

Die Verträge mit der Bewag über die Wärmebelieferung der Gropiusstadt sind ausgelaufen. So wurde es nötig, eine neue Ausschreibung unter den wärmeliefernden Firmen zu machen. Leider schnitt die Bewag im Preis-Leistungs-Vergleich nicht so gut ab und so bekam die Firma HARPEN EKT den Zuschlag. Ab 2003 wird diese die Fernwärme in der Gropiusstadt realisieren.

So entsteht auf dem ehemaligen ETERNIT-Gelände ein Wärmekraftwerk neuer Generation, ein sogenanntes Biomassen-Heizkraftwerk. Dort sollen 2004 200.000 Tonnen Althölzer aus Berlin und Umgebung verbrannt werden. Neben der Fernwärme für die Gropiusstadt wird auch Strom für das Berliner Netz produziert.

HARPEN EKT gewährleistet durch das neue

Kraftwerk und durch die Subventionen für die Stromlieferung einen um 30% geringeren Wärmepreis. Alles eine runde und auch umweltschonendere Sache, im Gegensatz zu einem Kohlekraftwerk. Wäre da nicht der Punkt, dass ein neues Kraftwerk im Bezirk errichtet werden muss. Eine weitere Ablage die die Luft belastet? Laut Aussage der zukünftigen Betreiberfirma sind die Abgaswerte streng limitiert.

Es tauchen aber auch andere nicht unwesentliche Bedenken auf: Die gleiche gesetzliche Regelung, die Biomasse-Kraftwerke regelt, regelt auch die der Müllverbrennungsanlagen. So kann, laut gesetzlichen Bedingungen, in dem zukünftigen Kraftwerk auch Müll verbrannt werden. Es wäre zwar eine erneutes Genehmigungsverfahren notwendig, aber wer

garantiert uns hier in Neukölln schon, dass ausschließlich Biomasse (Altholz) verbrannt wird? So bleibt nur zu hoffen, dass die künftigen Betreiber sich über die Belastung innerhalb einer Stadt, in Berlin – das überhaupt erste Projekt dieser Art – genügend Gedanken gemacht haben, die Sicherheitsvorkehrungen gegen einen Brand oder ähnliches beachtet und die Umwertbelastung genau überprüft wurde.

Leider ist für den Bezirk und somit auch für uns in der Bezirksverordnetenversammlung ein aktives Eingreifen in die Planung und Prüfung nicht möglich, da das gesamte Verfahren auf Landesebene läuft.

Wir werden Sie weiter auf dem Laufenden halten. Lesen Sie auch unter www.pds-neukoelln.org



Deutsch-türkisches Verstehen?

Seit 15 Jahren beteiligt sich die Karl-Weise-Grundschule (Weisestr. 20) an ZWERZ. Das Projekt ZWERZ verbindet bilinguale Sprachpädagogik, es wird Deutsch und Türkisch gleichermaßen unterrichtet, mit einem integrationspolitischen Ansatz. So lernen auch die deutschen Schüler die Muttersprache ihrer nicht deutschstämmigen Klassenkameraden.

Die Hoffnung, dadurch könne man das multikulturelle Verständnis aller Schülergruppen fördern, scheint nun aber aus Sicht des Schulleiters und einiger deutscher Elternvertreter nicht mehr gewährleistet. Vielmehr werden Ängste geäußert, man könnte als „Ausländerschule“ in Verruf geraten und den Leistungsstand der gesamten Klasse mit der

ZWERZ-Methode schädigen. Sprachwissenschaftler hingegen sprechen sich ausdrücklich für diese Unterrichtsgestaltung in Schulen mit hohem Anteil an nicht deutschstämmigen Schülern aus. Auch, um allen ABC-Schülern einen gleichwertigen Stand des muttersprachlichen Fundaments zu ermöglichen. Die türkischen Eltern stützen diese These.

Ungeachtet dessen entschied das Lehrerkollegium jedoch kurz vor Ostern, in Zukunft Schüler mit schlechten Deutschkenntnissen in gesonderten Klassen zu unterrichten. Die Folge wird wohl eine weitere Befremdung zwischen den verschiedenen Interessensgruppen sein, da Türken nun glauben werden, ihre Kultur sei weniger wert, selbst

wenn sie zwei Drittel der Schülerschaft stellen. Denn genau das Verhältnis ist in der Karl-Weise-Schule gegeben.

Die Entscheidung jedoch liegt in letzter Konsequenz weder bei den Lehrern dieser Schule, noch bei der Politik. Der Beschluss muss von der Schulkonferenz getragen werden.

Dennoch sollte von den bildungspolitischen Kräften an den Erhalt und Ausbau ähnlicher Projekte gedacht werden. Dazu bedarf es natürlich auch einer gezielten Ausbildung von kompetenten zweisprachigen Lehrern. Unter CDU und SPD wurde hier nicht genügend Prävention betrieben, doch die Koalitionsvereinbarung des neuen Senats verspricht hier ja einige Verbesserungen.

Dieses Thema bildet auch den Schwerpunkt in unserem Internet-Forum. Diskutieren Sie mit!

Wir gratulieren recht herzlich zum Geburtstag!

Neclò Baytekin
Jan Dobbernack
Dietrich Fischer
Werner Gutsche

PDS-Neukölln zieht um!

Unsere neue Adresse ab 6. Mai, mitten in Neukölln, ist der **Richardplatz 16**.

Große Einweihungsfeier

am 8. Juni ab 14 Uhr.

Alle sind herzlichst eingeladen!



TERMINE

**Kranzniederlegung
Ehrenmal Treptow**
8. 5. 2002, 17.00 Uhr

Mitgliedervollversammlung
Richardplatz 16
25. 5. 2002, 15.00 Uhr

Sitzungen des Bezirksvorstandes
Richardplatz 16
8. 5. 2002, 19.00 Uhr

IMPRESSUM

„Neu-köllnisch“ erscheint monatlich.
Herausgeber: PDS Neukölln,
Geschäftsstelle Richardplatz 16,
12055 Berlin, Tel./Fax: 613 59 19
Auflage dieser Ausgabe: 2000
V.i.S.d.P.: Dr. Sylvia Stelz
Redaktionsschluss: 26. 4. 2002

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen!

24. 5. 2002, 16.00 Uhr
7. 6. 2002, 16.00 Uhr

Fraktionssitzungen
Rathaus, Zimmer 307
13. 5. 2002, 19.00 Uhr
27. 5. 2002, 19.00 Uhr

BVV
Rathaus, BVV-Saal
29. 5. 2002, 17.00 Uhr

Info-Stände im Mai
Hermannplatz und Gropius-Center
4. 5. 2002, 11.00 - 14.00 Uhr

AG-Wahlen
Richardplatz 16
16. 5. 2002, 18.00 Uhr

AG Kommunalpolitik
Richardplatz 16
13. 5. 2002, 18.00 Uhr